Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 666
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Musestunden, Aus alter und neuer Zeit, Boden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.-. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Bezugsgeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
27. Jahrgang

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4gespaltene Zeile mit 80 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

Nr. 49 — Freitag, den 27. Februar — 1925

Chamberlains Furcht vor der Empfindlichkeit Frankreichs

Die Gefahr einer neuen europäischen Krise — Ernste Mahnungen der englischen Presse an Chamberlain. — Der sächsische Landtag behandelt die Bahnhofsreklame, die Angelegenheit der Gemaßregelten von Zauckerode u. Schulfragen.

Um die Veröffentlichung des Militärkontrollberichts

Unter der fettgedruckten Ueberschrift „Durchgreifende Forderungen an Deutschland" veröffentlicht „Daily News" einen Artikel, worin es heißt, eine häßliche Lage entwickele sich im Zusammenhange mit der Frage der deutschen Abrüstung. Die Räumung Kölns stehe jetzt in Gefahr, bis zum September oder Oktober, vielleicht sogar bis zum nächsten Jahre aufgeschoben zu werden. In Versailles geschähen Dinge, die, wirksam, die Hände Großbritanniens binden würden, außer wenn es eine Krise in seinen Beziehungen zu Frankreich auf sich nehmen würde. Marschall Foch und die übrigen Mitglieder des Versailler Komitees seien dabei, auf den Bericht der Kontrollkommission gestützt, Forderungen an Deutschland zu formulieren.

Trotzdem die Beratungen in Versailles geheim seien, verlaute von inspirierter Seite, daß diese Forderungen von Deutschland in höchstens 6 bis 8 Monaten erfüllt werden könnten und daß das Versailler Komitee „fast einstimmig" zu seiner Ansicht gekommen sei.

Europa stehe dann vor einer neuen Krise und der gute Wille Deutschlands für einen Sicherheitspakt sei dann vielleicht unwiderruflich verloren. Eine maßgebende Persönlichkeit habe erklärt, der Bericht enthalte sehr viel, was ernsthaft verdammenswert sei, aber auch viel wertloses Gerede. Leider sei es das letztere, was die Schwierigkeiten zu bereiten drohe. Chamberlains unzusammenhängende Auskunft auf diese Frage im Unterhaus am Mittwoch spiegele die Ansicht der britischen Regierung richtig wider,

daß nämlich die volle, ungekürzte Veröffentlichung stattfinden müsse oder überhaupt keine.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, Herriot vertrete die Ansicht, daß mit der deutschen Regierung durch die normalen diplomatischen Kanäle verhandelt werden könne. Daraus sei zu schließen, daß es Herriot mit einer Konferenz nicht eilig habe.

„Westminster Gazette" schreibt in einem Leitartikel, Chamberlain erkläre, daß mit der französischen Regierung keine Abmachung getroffen worden sei, die die Aktionsfreiheit Englands hinsichtlich der Kölner Räumungsfrage berühre,

aber ein endgültiger Wechsel der Politik werde erforderlich sein, bevor Chamberlain die allgemeine Ueberzeugung ändern könne, die die Haltung des Foreign Office gegenüber Deutschland immer noch von der Furcht, die Empfindlichkeit Frankreichs zu verletzen, beherrscht werde.

Die Weigerung der britischen Regierung, Köln zu räumen, habe den Glauben Deutschlands an die Absicht Englands, zum Vertrage zu stehen, erschüttert. Das einzige Mittel, durch das sich das Foreign Office von diesem Verdacht befreien könne, sei eine Einladung an die Deutschen zu einer Konferenz über den Bericht der Kontrollkommission, auf der die Verfehlungen offen erörtert würden.

Crewe bei Herriot

In einer Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Crewe schilderte der französische Ministerpräsident Frankreichs Haltung in der Kölner Frage folgendermaßen: „Man muß den militärischen Sachverständigen und später der Botschafterkonferenz hinreichend Zeit lassen, um den Charakter und die Tragweite der in dem endgültigen Bericht der Interalliierten Kontrollkommission enthaltenen Tatsachen zu prüfen. Es kann nicht zugegeben werden, daß die Deutschen auf einer Konferenz über die ihnen aufzuerlegenden Verpflichtungen diskutieren. Das einzige, was Frankreich zugestehen kann, ist, daß den Deutschen Gelegenheit geboten werden soll, über die Einzelheiten der Durchführung aller von den Alliierten getroffenen Beschlüsse Vorschläge zu machen, nachdem die Alliierten vorher unter sich einig geworden sind."

Es wird ferner vom Quai d'Orsay mitgeteilt, daß das englische Kabinett auf der bevorstehenden interalliierten Konferenz die Festsetzung eines bestimmten Räumungstermins für Köln nicht beantragen werde. Herriot sprach gleichfalls in seiner Unterredung mit Lord Crewe den Wunsch aus, man möge vorerst die Erfüllung der Verpflichtungen durch Deutschland abwarten, bevor man ein Datum für die Räumung festsetze. Nach der Durchführung der den Deutschen vorgeschriebenen Entwaffnungsbedingungen könnte nach französischer Ansicht eine zweite interalliierte Konferenz stattfinden, die sich mit der Abwicklung der Räumung zu beschäftigen haben wird.

Der deutsch-rumänische Konflikt

Aussicht auf eine Verständigung

In der gestrigen Sitzung des rumänischen Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten äußerte sich der Minister des Auswärtigen Duca über den Konflikt mit Deutschland und betonte,

Rumänien halte nicht unbedingt daran fest, gegen Deutschland wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen zu ergreifen,

hege vielmehr den Wunsch, mit der deutschen Regierung in Verhandlungen zu treten, wie es auch bisher in allen Fragen, in denen es sich um die Regelung der Beziehungen zwischen beiden Staaten handelte, stets Entgegenkommen gezeigt habe. Deutschland müsse aber einen Weg weisen, der zur Erfüllung der Ansprüche Rumäniens führe, da Rumänien nicht zulassen könne, daß sein gutes Recht nicht anerkannt werde.

*

Das WTB. verbreitet folgende Meldung, die halbamtlichen Charakter trägt: Der Berichterstatter des „Berl. Tagebl." in Bukarest war von rumänischer zuständiger Seite zu der Abgabe einer Erklärung über den deutsch-rumänischen Konflikt ermächtigt worden, in der nach Darlegung des rumänischen Standpunktes die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß Deutschland die rumänische Regierung nicht zu Sanktionsmaßnahmen zwingen werde, die den Interessen der beiden Länder gewiß nicht zum Vorteil gereichen und die guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien unterbrechen werden. Zu dieser Erklärung wird von maßgebender Stelle in Berlin mitgeteilt: Der darin ausgedrückte Verständigungswille habe in Berlin einen günstigen Eindruck gemacht. Wenn die Erklärung tatsächlich die in Bukarester maßgebenden Stellen herrschende Auffassung wiedergebe,

so würde damit die Hoffnung berechtigt sein, daß eine Beilegung des Konfliktes im Bereiche der Möglichkeit liege.

Die Frage der Noten der Banca Generala könne nur innerhalb des Dawesplanes selbst gelöst werden. Zu einer solchen Regelung sei die deutsche Regierung bereit im Bestreben, einen Ausweg zu einer gütlichen Regelung zu finden. Die deutsche Regierung habe die Angelegenheit der Reparationskommission übergeben. Man habe in Berlin die Hoffnung, daß man in Bukarest dieser Prüfung nicht durch Zwangsmaßnahmen, die eine gütliche Beilegung verhindern würde, vorgreifen würde.

Sächsischer Landtag

Dresden, 26. Februar

121. Sitzung.

Auf der Tagesordnung standen zuerst kleine Anfragen.

Eine Anfrage Schmidt bezog sich auf die schon seit langem betriebsfertige Bahnlinie Olbernhau—Deutschneudorf, die noch nicht dem Verkehr übergeben worden sei.

Die Regierung erklärte dazu, daß die Angelegenheit durch die noch nicht erfolgte Zustimmung der tschecho-slowakischen Regierung ins Stocken geraten sei, die bisher Erinnerungen der sächsischen Regierung ohne Antwort gelassen habe.

Auf eine Anfrage des Abg. Aßler über Nachlässe beim Verkauf von Gegenständen an Staatsbeamte in Höhe von 40 Prozent, ob nicht im Interesse der Verbraucherschaft und des Ansehens des soliden Handels eine Nachprüfung der Angemessenheit des Fabrikpreises durch die Preisprüfungsstelle am Platze wäre, antwortete die Regierung, daß diese Nachprüfung für sie nicht in Frage komme.

Weiter wählte das Haus den auf Antrag des Abgeordneten Bittner beschlossenen **Untersuchungsausschuß in Sachen für Barmat** und überwies diesem Ausschuß den dabei gestellten Antrag des Abg. Böttcher wegen Abberufung des sächsischen Gesandten in Berlin Dr. Gradnauer.

Zur zweiten Beratung über den Antrag der Abgeordneten Bert und Gen. betreffend die **Feststellung der Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter** berichtete Abg. Renner. Er führte aus, daß den Landarbeitern nur geholfen werden könne, wenn sie mit den bürgerlichen Parteien vollständig brächen.

Der Antrag wurde gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Ueber den Antrag des Abg. Dr. Kastner und Genossen, Aenderung der Gewerbeordnung in bezug auf die Unterbringung der in Bahnhofsgebäuden und auf dem Bahnhofsgelände untergebrachten Verkaufsstände betreffend, verbunden mit der Anfrage des Abg. Dr. Kastner und Genossen wegen der Verkaufszeiten der Bahnhofsgeschäfte, berichtete der Antragsteller. Er bezeichnete den Hauptbahnhof Dresden als Warenhaus Hauptbahnhof und kritisierte in weitem Umfange die Reklamen in den Bahnhöfen und die über die in den Stadtgeschäften durchgeführte Ladenschlußstunde hinausgehende Verkaufszeit der Bahnhofsgeschäfte. Das Wirtschaftsministerium habe in Aussicht gestellt mit der Eisenbahnverwaltung über die legale Behandlung zu verhandeln, aber die Eisenbahnverwaltung habe ein näheres Eingehen auf die Beschwerden abgelehnt.

Man müsse von einer Art Größenwahn der Eisenbahnverwaltung sprechen. So habe die Stadtbehörde wegen gewisser Einrichtungen in den Gewerbebetrieben auf dem Bahnhofe gesundheitspolizeiliche Bedenken gehabt. Die Eisenbahnverwaltung habe aber jede Einmischung der Stadtbehörde abgelehnt; die Eisenbahnverwaltung lehne überhaupt die Kontrolle der Wohlfahrtspolizei ab. Der Berichterstatter bat, die Angelegenheit dem Ausschuß B zu überweisen.

(Fortsetzung siehe Seite 2.)

Die Einigung mit Frankreich

Paris, 26. Februar. Bei der heutigen Zusammenkunft überreichte Staatssekretär Trendelenburg dem Handelsminister Reynaldi eine Note, in der das Ergebnis der Besprechungen der letzten Woche zwischen den beiden Delegationen festgelegt ist.

Staatssekretär Trendelenburg erklärte, die deutsche Regierung werde für den Fall, daß die französische Regierung zustimme, ihr Einverständnis mit den gemachten Vorschlägen geben.

Gegebenenfalls werden in einer Sitzung am Sonnabend Erklärungen der beiden Regierungen ausgetauscht. Für diesen Fall wurde beschlossen, die weiteren Verhandlungen über die Zollfrage am 17. März aufzunehmen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben jetzt zu einer vorläufigen Einigung zwischen der deutschen und französischen Regierung geführt. Es läßt sich nunmehr wohl ohne große Prophetie voraussagen, daß es im März endlich zu einem Abkommen über die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen kommen wird, das eine wirtschaftliche Annäherung unter den beiden Ländern herbeiführt. Diese Tatsache muß jetzt vor allen Dingen im Auge behalten werden, da unter dem ungelösten Zustand der Wirtschaftsbeziehungen auch die politische Lage wesentlich verschlechtert worden war. Wenn jetzt eine wirtschaftliche Annäherung eintreten sollte, so wird auch politisch eine begünstigte Wendung eintreten müssen, denn seit Monaten hat man in den deutschen diplomatischen Kreisen beobachten können, daß die wirtschaftlichen Unstimmigkeiten außerordentlich stark auf die politische Lage gedrückt hatten.

Auf der Londoner Konferenz hatte die französische Regierung Herriot durchblicken lassen, daß Frankreich nur dann in der Räumungsfrage Zugeständnisse machen könne, wenn Deutschland einen Handelsvertrag mit der französischen Regierung abschließt. Selbstverständlich ließ sich diese Bedingung Frankreichs in London nicht durchsetzen, aber man hat in den deutschen politischen Kreisen von vornherein den Eindruck gehabt, daß die französische Regierung zuerst den Handelsvertrag haben wollte, ehe sie irgendwelche Bindungen in der Räumungsfrage eingeht. Es steht ganz außer Zweifel, daß es Ende des vorigen Jahres gelungen wäre den Streit um die Räumung der nördlichen Rheinlandzone zu verhindern, wenn damals schon ein Handelsvertrag zustande gekommen wäre. So aber glaubte die französische Regierung an ihrer unnachgiebigen Haltung festhalten zu müssen, zumal in Frankreich das Mißtrauen bestand, daß es Deutschland darauf ankäme, seine wirtschaftliche Handlungsfreiheit mit dem 15. Januar 1925 zurückzugewinnen.

Bei den wirtschaftlichen Verhandlungen sind irgendwelche politischen Gesichtspunkte von beiden Seiten sorgsam ausgeschlossen worden. Die beiden Wirtschaftsdelegationen waren auch gar nicht für politische Fragen zuständig und haben sich daher lediglich über rein wirtschaftstechnische Probleme auseinandergesetzt. Je weniger aber die Wirtschaftsdelegierten selbst die Politik zu beeinflussen suchten, umso mehr waren die Diplomaten am Quai d'Orsay bemüht, einen politischen Druck auszuüben, um den Gang der Wirtschaftsverhandlungen zu beschleunigen. In den eingeweihten Kreisen des Auswärtigen Amtes weiß man sehr wohl, wie oft es vorgekommen ist, daß die deutsche Regierung unter einen Hochdruck politischer Winkelzüge gesetzt worden war, damit sie den Staatssekretär Trendelenburg ermächtige, die französischen Wirtschaftsforderungen anzunehmen. Berlin hat standgehalten, und trotz des politischen